

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

46 (25.6.1946)

starken Kon-
bel Nürnberg
siegte im „Er
er Fritz Schei
Kreuer (Köln
kalt); Vierer
(Nürnberg)
unter gewann
Fritz Schei
ANA)
nen über 3,6
arter Hippere
SC Alpin
nc und James



BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN



Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe a. Rh., Lamstraße 10-5, Tel. 4051/53. Erschließungsweg: 2mal wöchentlich, Besirksamkeit für Pflanzung (Eberstein, 18) und für Bruchsal (Ecke Schauborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang

Karlsruhe, Dienstag, 25. Juni 1946

Einzelverkaufspreis 20 Pf. Monatl. Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,60 zuzügl. RM 0,36 Zustelgebühr. Anzeigepreis: Die 10gesp. Noop.-Zelle RM 2,- in Besirksamkeit RM 1,-. Amtl. Anz. die Hälfte.

DANA funkt:

Aus aller Welt

Neue französische Koalitionsregierung

Paris, 24. Juni. (AP) Am Montag früh wurde die Neubildung der französischen Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Georges Bidault bekanntgegeben. Bidault behält seinen bisherigen Posten als Außenminister. Das neue Kabinett unterscheidet sich nur unwesentlich von der Regierung Gouin. Die drei Hauptparteien, Republikanische Volkspartei, Kommunisten und Sozialisten, sind sowohl zahlenmäßig als auch der Bedeutung der ihnen übertragenen Ministerien nach fast gleichmäßig vertreten. Der bisherige Regierungschef und Leiter der Sozialisten, Felix Gouin, und der Generalsekretär der Kommunisten, Maurice Thorez, wurden zu stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Zu Staatsministern im Kabinett Bidault wurden François Cey als Vertreter der Republikanischen Volkspartei und Alexandre Varenne von der Demokratisch-sozialistischen Union bestimmt. Bidault erklärte, daß er neben der Ministerpräsidenten- und dem Außenministerium auch das Informationsministerium übernehmen werde. Zum Staatssekretär für Informationswesen wurde André Colin von der Republikanischen Volkspartei ernannt. Das neue Kabinett wird am 25. Juni zum ersten Male zusammengetreten und zur förmlichen Bestätigung der verfassungsgemäßen Versammlung vorgeschickt werden. Später soll die Ernennung einer Reihe von Staatssekretären für die neue Regierung erfolgen.

Noch keine Friedensvollkonferenz

Molotow lehnt Einberufung zum 15. Juli ab — Italien gegen Kompromisse zwischen den Großmächten

Paris, 24. Juni. (DANA) Der Außenminister trat nach seiner Sitzung am Samstagmorgen einen Vorschlag Bevin's an, wonach die Diskussion über die Friedensverträge mit Italien und den Balkanländern bis zum kommenden Freitag abgeschlossen sein soll. Vom Montag ab werden die Außenminister täglich zwei Vollkonferenzen abhalten, um möglichst schnell in allen wichtigen Punkten Übereinstimmung zu erzielen. Ueber die Frage des Eröffnungstermins für die allgemeine Friedenskonferenz konnte noch keine endgültige Entscheidung getroffen werden, da Molotow den Antrag Byrnes auf Einberufung der Friedensvollkonferenz am 15. Juli zurückwies.

Gasperi: „Kompromisse zwischen den Großmächten, die auf Kosten der kleinen Länder erreicht werden, können nicht die Grundlage für eine internationale Zusammenarbeit bilden. Sie sind nur der Anfang neuen Unglücks.“ Gasperi forderte alle Italiener auf, sich gemeinsam gegen solche Pläne zur Wehr zu setzen. Die Erklärung von Gasperi bildete den Höhepunkt einer Woche, während der alle Parteien ähnliche Resolutionen gefaßt und die „Großen Vier“ aufgefordert hatten, Italien als mitkriegerische Macht anzuerkennen. (AP)

Oesterreichs Forderungen abgewiesen Paris, 24. Juni. (DANA) Die Außenminister der vier Großmächte wiesen die österreichischen Forderungen auf das Pustertal zurück und entschieden, das das unstrittige Gebiet bei Italien bleiben soll. Ein endgültiges Abkommen über das von Frankreich geforderte Gebiet von Tenda und Briza wurde noch nicht geschlossen.

New-York. Der UN-Wirtschafts- und Sozialrat wies mit 12 gegen 5 Stimmen einen sowjetischen Antrag ab, wonach Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes mit beratender Stimme an den Sitzungen des Rates teilnehmen sollten. Die Ukraine, Jugoslawien, die Tschechoslowakei und Peru stimmten zu Gunsten des Sowjetplanes. Der französische Delegierte enthielt sich der Stimme. (AP)

„Wir sind über viele Fragen einer Verständigung nahegekommen.“ Byrnes hatte im Verlauf der Debatte erklärt: „Wenn auch nicht in allen Punkten Übereinstimmung erzielt wurde, so sind wir doch bereits über viele Fragen einer Verständigung so nahe gekommen, daß noch ausstehende Probleme ohne Bedenken der allgemeinen Friedenskonferenz zur Behandlung vorgelegt werden können.“ Molotow entgegnete, er sei nicht in der Lage, seine Stellungnahme zu dem Datum der Friedenskonferenz vorzulegen, bevor die Konferenz die Überprüfung der fünf Friedensvertragsentwürfe beendet habe. Schließlich einigten sich die Außenminister darüber, die Frage der Friedensvollkonferenz am kommenden Freitag erneut zu erörtern. Die am Freitag begonnenen Besprechungen über Triest und Venetia Giulia wurden nicht fortgesetzt. Ueber das Wochenende letzten die Stellvertreter der Tagesordnung für die Plenarsitzungen der kommenden Woche fest.

Italien will nicht auf seine Kolonien verzichten Die italienische Botschaft in Paris überreichte nach einer UP-Meldung dem Außenminister ein Schreiben, in dem sie die Forderung des Rates, Italiens Souveränität über seine Kolonien abzugeben, Protest erhoben wird. Rom, 24. Juni. (AP) Italien wird sich gegen einen Friedensvertrag, der Triest internationalisiert und West-Triest an Jugoslawien abtreten würde, zur Wehr setzen. Delegiertentagung der Christlich-demokratischen Partei in Rom. Ministerpräsident Gasperi bedauerte, daß keine ausreichende amtliche Information über die in Paris gefaßten Beschlüsse vorliegt. Er fügte hinzu: „Wenn sich die nicht amtlichen Berichte wahr erweisen sollten, kann Italien die Entscheidungen der Außenminister nicht anerkennen.“ Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte er:

Hollands Vorsitz im Notstandsernährungsrat Washington, 24. Juni. (DANA) United Press meldet: Die 19 Mittelstaaten des internationalen Notstandsernährungsrates haben den holländischen Regierungsvizepräsidenten Leonard A. P. Peters zum ständigen Vorsitzenden des Rates gewählt. Der belgische Vertreter L. Charles van Esse wurde zu seinem Stellvertreter ernannt. Der Rat hat eine Resolution des Zentralausschusses angenommen, nach der jedes Land, gleichgültig, ob es Mitglied der Vereinten Nationen ist oder nicht, dem internationalen Ernährungsrat beitreten können, wenn es die entsprechenden Voraussetzungen zur Mitarbeit erfüllt.

Seattle (Washington). Die Sowjetunion hat sich nach einer Mitteilung des Leiters des internationalen Arbeitsamtes zur Teilnahme an der Konferenz des internationalen Arbeitsamtes in Montreal im September dieses Jahres bereit erklärt. Die UdSSR ist gleichzeitig mit ihrem Austritt aus dem Völkerbund dem internationalen Arbeitsamt ferngeblieben und hat alle Anträge der Kommission, wieder beizutreten, bisher zurückgewiesen. (AP)

Anstiege in Italien

Rom, 24. Juni. (AP) Eine Amnestie für tausende von politischen Gefangenen, die in der Zeit vor der Befreiung Italiens bis zum 18. Juni 1946 verurteilt worden waren, wurde von der Regierung der neuen italienischen Republik erlassen. Politische Gefangene mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren wurden entlassen. Insbesondere werden in lebenslange Haft und lebenslange Haft in Strafen von 30 Jahren umgewandelt. Gefangene, die wegen Mordes verurteilt wurden, sind von der Amnestie ausgenommen.

Amerikanische Hilfsorganisation versendet Lebensmittelpakete

Washington, 24. Juni. (DANA) Eine private amerikanische Hilfsorganisation hat nach einer Meldung des New Yorker Rundfunks drei Millionen Lebensmittelpakete aufzukaufen, die für die europäischen Hungergebiete bestimmt sind. Jedes dieser Pakete enthält 22 Pfund Lebensmittel, Seife und Zigaretten. Eine Anzahl dieser Pakete befindet sich bereits auf Lager in Frankreich, der Tschechoslowakei, Griechenland, Polen, Oesterreich und der amerikanischen Zone Deutschlands.

Hilfeleistung für Hungergebiete

Washington, 24. Juni. (DANA) Die erste Sendung von Liebesgabenpakete für Deutsche in der amerikanischen Besatzungszone wird nach einer Mitteilung der Nachrichtenabteilung bei der amerikanischen Militärregierung am 25. Juni mit dem Schiff „American Banker“ aus den Vereinigten Staaten in Bremen eintreffen.

Liebesgabenpakete für US-Zone

Berlin, 24. Juni. (DANA) Die erste Sendung von Liebesgabenpakete für Deutsche in der amerikanischen Besatzungszone wird nach einer Mitteilung der Nachrichtenabteilung bei der amerikanischen Militärregierung am 25. Juni mit dem Schiff „American Banker“ aus den Vereinigten Staaten in Bremen eintreffen.

Letzte Neuigkeiten

Paris, 25. Juni. (DANA) Die Außenminister liefen am Montagabend in Paris eine zweite Sitzung ab, in der sie sich mit der neuen Geschäftsordnung zur Beschleunigung der Arbeit der Konferenz befäßen. Paris, 25. Juni. (DANA) Die Außenminister nahmen eine von den Stellvertretern ausgearbeitete Liste entgegen, die in vier Punkten das Programm für die Besprechungen über die Balkanverträge enthält. Die zu erörternden Fragen sind: 1. Die Donaufrage, 2. eine Klausel im Friedensvertrag mit Rumänien über den Schaden, der alliierten Staatsbürgern in Rumänien zugefügt wurde, 3. eine Klausel im Friedensvertrag mit Rumänien, über die Einrichtung eines Schiedsgerichtshofes, 4. die Bekämpfung der ungarischen Luftstreitkräfte.

Das Märchen von der „Wunderwaffe“

Das deutsche Volk wurde belogen — Ausplünderung annektierter Gebiete — Rheinlandbesetzung nur „symbolisch“

Nürnberg, 24. Juni. (DANA) Der amerikanische Ankläger Jackson begann in der Freitagsitzung des Kreuzverhörs des Angeklagten Speer, daß er seit 32 Mitglied der NSDAP war und von 34 bis 41 Abteilungsleiter in der deutschen Arbeitsfront. Im Jahre 42 wurde er als Nachfolger Todts Mitglied der Reichsleitung der NSDAP. Er nahm bis zum Jahre 42 an allen Parteitagungen und Reichstagsitzungen teil. Der Angeklagte gab zu, das Programm der NSDAP gekannt zu haben. Auf eine Frage Jacksons bestätigte der Angeklagte, daß 10 000 Juden in unterirdischen Kellern gegen ihren Willen beschäftigt wurden. Die Kriagslage, so erklärte er, habe solche Zwangsmaßnahmen erfordert. Im Verlauf des Kreuzverhörs wies der Angeklagte wiederholt darauf hin, daß er die Verantwortung dafür übernehme, daß ausländische Arbeiter nach Deutschland gebracht wurden. Speer gab zu, daß die Zustände im Arbeitslager der Krupp-Werke teilweise „katastrophal“ waren. Er behauptete aber, sein Möglichstes getan zu haben, um die Zustände zu bessern. Seine Mithaften für die Zustände in hessern Dritten Reich gab Speer mit den Worten zu: „Es gibt im Staatsleben zwei Verantwortungen, erstens die für den eigenen Sektor, in dem man voll verantwortlich ist, darüber hinaus aber gibt es, meiner Ansicht nach, für entscheidende Dinge im Staat eine Gesamtverantwortung aller derer, die an führender Stelle sind. Denn wer soll sonst die grundsätzliche Verantwortung für alles, was in Deutschland geschah, tragen, wenn nicht die Männer, die um den Führer herum waren?“

Auf den Vorwurf des russischen Anklägers Ruzinsky, Speer habe an der Ausplünderung der besetzten Gebiete teilgenommen, erklärte der Angeklagte: „An der Ausplünderung ja, Plünderungen kann ich nicht beantworten, weil ich nicht weiß, was Sie sich darunter vorstellen.“ Der amerikanische Oberrichter Biddle schloß das Kreuzverhör des Angeklagten Speer mit Fragen über die Zustände in den KZ. Speer erklärte, daß er sich über die Zustände in den KZ beruhigt habe, „da die offiziellen Stellen immer nur Gutes über die KZ berichteten.“ Nach Vorlegung einiger Dokumente zur Entlastung Speers durch den Verteidiger Dr. Flächsner, war der Fall des Angeklagten Speer abgeschlossen.

„Nach der Machtergreifung erfüllte mich die enorme Entwicklung der deutschen Innen- und Außenpolitik immer mehr mit Schrecken und Widerwillen“, erklärte der Angeklagte v. Neurath in seiner Aussage als Zeuge in eigener Sache. Er selbst habe eine friedliche Lösung der außenpolitischen Probleme angestrebt, „jede Anwendung von Gewalt absolut ablehnen“ und sei, sein überzeugter Gegner kriegerischer Verwicklungen gewesen. „Solange ich Reichsaußenminister war“, fügte der Angeklagte hinzu, „ist kein Mittel angewandt worden, das nicht allgemein völkerrechtlich üblich war.“ Bei der Schilderung der innerpolitischen Lage Deutschlands im Jahre 1932 stützte sich der Angeklagte auf die Aussage Panens und bestätigte, daß die Wahl zwischen einem Bürgerkrieg und der Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung gegeben habe. „Hitler kannte ich nicht, verabscheute jedoch seine Methoden, sich an die Macht zu bringen“, sagte Neurath.

„Die Entwicklung unserer ganzen Ernährungslage hängt in weitem Umfang davon ab“, sagte Dr. Koehler, „daß die Alliierten uns ihre Hilfe angedeihen lassen; denn ohne diese Hilfe ist der Anschluß an die nächste Ernte überhaupt nicht zu erreichen. Selbstverständlich muß die deutsche Landwirtschaft selbst das Aeußerste herausholen. Sie wird im eigenen Lager scharf Umschau halten und die Ablieferungsscheuen energischer an ihre Pflicht erinnern müssen. Eine zufriedenstellende Lösung der Ernährungslage ist unerläßliche Voraussetzung für eine Inangsetzung der deutschen Wirtschaft.“

Paris, 25. Juni. (DANA) Die Außenminister nahmen eine von den Stellvertretern ausgearbeitete Liste entgegen, die in vier Punkten das Programm für die Besprechungen über die Balkanverträge enthält. Die zu erörternden Fragen sind: 1. Die Donaufrage, 2. eine Klausel im Friedensvertrag mit Rumänien über den Schaden, der alliierten Staatsbürgern in Rumänien zugefügt wurde, 3. eine Klausel im Friedensvertrag mit Rumänien, über die Einrichtung eines Schiedsgerichtshofes, 4. die Bekämpfung der ungarischen Luftstreitkräfte.

Für die Anwendung von zwei neuen Kampfgasen „Tabun“ und „Zarin“, die tatsächlich eine furchtbare Wirkung hätten, setzten sich nach Speers Aussage besonders Goebbels und Ley ein. Der Gaskrieg sei aber von militärischer Seite wegen der feindlichen Luftüberlegenheit als „heller Wahnsinn“ abgelehnt worden. Die V-Waffen, erklärte der Angeklagte, waren in ihrer Wirkung minimal im Vergleich zum Aufwand, und es wäre viel besser gewesen, „wenn wir uns diesen Unsinn nicht leisten hätten.“

Die deutsche Aufrüstung war, wie der Angeklagte v. Neurath in der Montagvormittags-Sitzung behauptete, „ein Folge der militärischen Bedrohung durch die Nachbarstaaten.“ Als im Jahre 1934 die deutsche Aufrüstung begann, sei von Kriegsplänen noch keine Rede gewesen, daher sei der Vorwurf der Anklage, daß er (v. Neurath) diese Pläne unterstützt habe, unrichtig. Deutschland mußte sich einkreist fühlen, als der russisch-französiche Pakt abgeschlossen wurde, Rußland seine Armeen verdoppelte und in der Tschechoslowakei und in Frankreich militärische Dienstzeit verlängert wurde, fuhr v. Neurath fort. Dieser Bedrohung habe Deutschland nicht tatenlos zusehen können.

Die Besetzung des Rheinlandes erfolgte, wie der Angeklagte aussagte, nur mit einer Division und hätte „jedlich symbolischen Charakter“ gehabt. Im Jahre 1936 habe Deutschland Frankreich den Vorschlag gemacht, es wolle die Truppen im Rheinland nicht mehr verstärken und nicht näher an die Grenzen heranbringen, wenn Frankreich sich zu gleichen Maßnahmen in seinem Lande verpflichtet würde.

„Die Entwicklung unserer ganzen Ernährungslage hängt in weitem Umfang davon ab“, sagte Dr. Koehler, „daß die Alliierten uns ihre Hilfe angedeihen lassen; denn ohne diese Hilfe ist der Anschluß an die nächste Ernte überhaupt nicht zu erreichen. Selbstverständlich muß die deutsche Landwirtschaft selbst das Aeußerste herausholen. Sie wird im eigenen Lager scharf Umschau halten und die Ablieferungsscheuen energischer an ihre Pflicht erinnern müssen. Eine zufriedenstellende Lösung der Ernährungslage ist unerläßliche Voraussetzung für eine Inangsetzung der deutschen Wirtschaft.“

Paris, 25. Juni. (DANA) Die Außenminister nahmen eine von den Stellvertretern ausgearbeitete Liste entgegen, die in vier Punkten das Programm für die Besprechungen über die Balkanverträge enthält. Die zu erörternden Fragen sind: 1. Die Donaufrage, 2. eine Klausel im Friedensvertrag mit Rumänien über den Schaden, der alliierten Staatsbürgern in Rumänien zugefügt wurde, 3. eine Klausel im Friedensvertrag mit Rumänien, über die Einrichtung eines Schiedsgerichtshofes, 4. die Bekämpfung der ungarischen Luftstreitkräfte.

Speer gibt zu, sich als Minister dem Führerprinzip unterstellt zu haben. Gegen Ende des Krieges, so erklärte er, erkannte er aber die ungeheure Gefahr, die in diesem autoritären System lag. Auf die Feststellung Jacksons, daß Speer der einzige war, der den Mut hatte, Hitler die Wahrheit zu sagen, antwortete der Angeklagte: „Mit Einschränkungen. Keiner habe den Mut gehabt, Hitler zu sagen: Der Krieg ist verloren.“

Der Angeklagte ist, wie er weiter erklärte, niemals Antisemit gewesen, hat aber die Zurückdrängung des übermäßigen Einflusses der Juden als erwünscht angesehen. Gewaltmaßnahmen und Rassenpolitik will er jedoch abgelehnt und bekämpft haben. Auf die Frage seines Verteidigers, was er über die Gestapo gewußt habe, antwortete Neurath, nur eine allgemeine Tätigkeit dieser Polizeistelle sei ihm bekannt gewesen. Ueber Konzentrationslager will der Angeklagte zum erstenmal etwas erfahren haben, als im Jahre 1934 sein Protokollchef und einer anderer Beamter seiner Abteilung ins KZ gebracht wurden. Als der Reichspräsident v. Hindenburg ihn im Jahre 1929 zum Außenminister machen wollte, erklärte der Angeklagte, habe er dies mit der Begründung abgelehnt, daß er keiner Partei angehöre. Er habe aber v. Hindenburg das Versprechen gegeben, seinem Ruf zu folgen, „wenn das Vaterland in Not sei“. Dieser Ruf erfolgte im Mai 1932 bei der Bildung des Kabinetts v. Papen, wie der Angeklagte aussagt.

„Die Entwicklung unserer ganzen Ernährungslage hängt in weitem Umfang davon ab“, sagte Dr. Koehler, „daß die Alliierten uns ihre Hilfe angedeihen lassen; denn ohne diese Hilfe ist der Anschluß an die nächste Ernte überhaupt nicht zu erreichen. Selbstverständlich muß die deutsche Landwirtschaft selbst das Aeußerste herausholen. Sie wird im eigenen Lager scharf Umschau halten und die Ablieferungsscheuen energischer an ihre Pflicht erinnern müssen. Eine zufriedenstellende Lösung der Ernährungslage ist unerläßliche Voraussetzung für eine Inangsetzung der deutschen Wirtschaft.“

„Die Entwicklung unserer ganzen Ernährungslage hängt in weitem Umfang davon ab“, sagte Dr. Koehler, „daß die Alliierten uns ihre Hilfe angedeihen lassen; denn ohne diese Hilfe ist der Anschluß an die nächste Ernte überhaupt nicht zu erreichen. Selbstverständlich muß die deutsche Landwirtschaft selbst das Aeußerste herausholen. Sie wird im eigenen Lager scharf Umschau halten und die Ablieferungsscheuen energischer an ihre Pflicht erinnern müssen. Eine zufriedenstellende Lösung der Ernährungslage ist unerläßliche Voraussetzung für eine Inangsetzung der deutschen Wirtschaft.“

Paris, 25. Juni. (DANA) Die Außenminister nahmen eine von den Stellvertretern ausgearbeitete Liste entgegen, die in vier Punkten das Programm für die Besprechungen über die Balkanverträge enthält. Die zu erörternden Fragen sind: 1. Die Donaufrage, 2. eine Klausel im Friedensvertrag mit Rumänien über den Schaden, der alliierten Staatsbürgern in Rumänien zugefügt wurde, 3. eine Klausel im Friedensvertrag mit Rumänien, über die Einrichtung eines Schiedsgerichtshofes, 4. die Bekämpfung der ungarischen Luftstreitkräfte.

„Die Entwicklung unserer ganzen Ernährungslage hängt in weitem Umfang davon ab“, sagte Dr. Koehler, „daß die Alliierten uns ihre Hilfe angedeihen lassen; denn ohne diese Hilfe ist der Anschluß an die nächste Ernte überhaupt nicht zu erreichen. Selbstverständlich muß die deutsche Landwirtschaft selbst das Aeußerste herausholen. Sie wird im eigenen Lager scharf Umschau halten und die Ablieferungsscheuen energischer an ihre Pflicht erinnern müssen. Eine zufriedenstellende Lösung der Ernährungslage ist unerläßliche Voraussetzung für eine Inangsetzung der deutschen Wirtschaft.“

„Die Entwicklung unserer ganzen Ernährungslage hängt in weitem Umfang davon ab“, sagte Dr. Koehler, „daß die Alliierten uns ihre Hilfe angedeihen lassen; denn ohne diese Hilfe ist der Anschluß an die nächste Ernte überhaupt nicht zu erreichen. Selbstverständlich muß die deutsche Landwirtschaft selbst das Aeußerste herausholen. Sie wird im eigenen Lager scharf Umschau halten und die Ablieferungsscheuen energischer an ihre Pflicht erinnern müssen. Eine zufriedenstellende Lösung der Ernährungslage ist unerläßliche Voraussetzung für eine Inangsetzung der deutschen Wirtschaft.“

„Die Entwicklung unserer ganzen Ernährungslage hängt in weitem Umfang davon ab“, sagte Dr. Koehler, „daß die Alliierten uns ihre Hilfe angedeihen lassen; denn ohne diese Hilfe ist der Anschluß an die nächste Ernte überhaupt nicht zu erreichen. Selbstverständlich muß die deutsche Landwirtschaft selbst das Aeußerste herausholen. Sie wird im eigenen Lager scharf Umschau halten und die Ablieferungsscheuen energischer an ihre Pflicht erinnern müssen. Eine zufriedenstellende Lösung der Ernährungslage ist unerläßliche Voraussetzung für eine Inangsetzung der deutschen Wirtschaft.“

„Die Entwicklung unserer ganzen Ernährungslage hängt in weitem Umfang davon ab“, sagte Dr. Koehler, „daß die Alliierten uns ihre Hilfe angedeihen lassen; denn ohne diese Hilfe ist der Anschluß an die nächste Ernte überhaupt nicht zu erreichen. Selbstverständlich muß die deutsche Landwirtschaft selbst das Aeußerste herausholen. Sie wird im eigenen Lager scharf Umschau halten und die Ablieferungsscheuen energischer an ihre Pflicht erinnern müssen. Eine zufriedenstellende Lösung der Ernährungslage ist unerläßliche Voraussetzung für eine Inangsetzung der deutschen Wirtschaft.“

Paris, 25. Juni. (DANA) Die Außenminister nahmen eine von den Stellvertretern ausgearbeitete Liste entgegen, die in vier Punkten das Programm für die Besprechungen über die Balkanverträge enthält. Die zu erörternden Fragen sind: 1. Die Donaufrage, 2. eine Klausel im Friedensvertrag mit Rumänien über den Schaden, der alliierten Staatsbürgern in Rumänien zugefügt wurde, 3. eine Klausel im Friedensvertrag mit Rumänien, über die Einrichtung eines Schiedsgerichtshofes, 4. die Bekämpfung der ungarischen Luftstreitkräfte.

